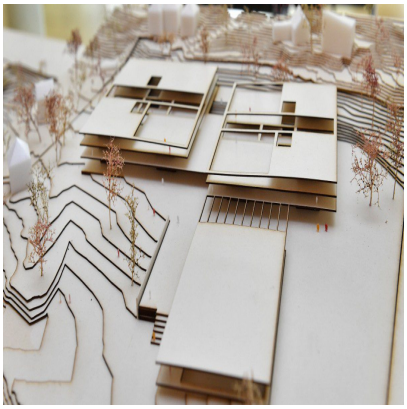


Gymnasium: Gemeinderat verwirft Einwände der Anlieger

Von Gerd Kloos

Den Laien wundert’s, den Fachmann kaum: Während an der Mühlfelder Straße die Bagger die Straße aufreißen, um Wasserleitungen und Kanal fürs neue Gymnasium zu legen, befasst sich der Gemeinderat mit den Einsprüchen. Spät? Nicht zu spät, denn der Gemeinderat hat alle Bedenken fast einstimmig abgewehrt. Die Einwände der Anlieger: Zuviel Pausenlärm, verbaute Aussicht, Wertverlust der Grundstücke und Verstöße gegen das Naturschutzgesetz. Der Plan wird nun noch mal überarbeitet und dann wieder ausgelegt. Die Anwohner der Panoramastraße werden sich trotzdem mit den neuen Nachbarn anfreunden müssen – es sind irgendwann einmal 1100 bildungshungrige junge Menschen. Rund 90 Millionen Euro investieren Kreis und Land im Mühlfeld.



Wo heute Blumen blühen, gibt es ein zwei Jahren blühende Bildungslandschaften

Zur Premiere dieses Jahres gleich ein Marathon: Die Zweite Bürgermeisterin Christina Reich musste 24 Gemeinderäte durch 200 Seiten Papier navigieren: Kein leichter Job, das merkte sie schnell, als der Architekt und FDP-Gemeinderat Johannes Puntsch eine Art Fundamental-Opposition ankündigte. Er verlangte eine namentliche Abstimmung darüber, ob das ganze Thema Bebauungs- und Flächennutzungsplan nicht vertagt werden sollte. Die Gemeinderäte aber beschlossen fast geschlossen: Da müssen wir jetzt durch – vor allem die Bauleitplanerin Melanie Faude. Ähnlich wie ein Notar musste sie ungefähr 40 Seiten Einwände von 5 „Privatpersonen“ vorlesen – und dazu die Gegenargumente der Fachleute.



Ein Sitzungsmarathon für die Zweite Bürgermeisterin Christina Reich. „Tina, Du hast das gut gemacht“, wurde sie zum Schluss gelobt.

Der Bürger würde es nicht glauben, aber wir haben es Schwarz auf Weiß: Beim Gymnasium reden nicht nur die Anwohner mit, sondern auch: das Denkmalsamt, die Bundeswehr, das Bistum Augsburg, der Landesfischereiverband, das Landesamt für Landwirtschaft und Forsten und der Bund Naturschutz. Natürlich auch der Bauherr, das Landratsamt und die Regierung von Oberbayern. Dass mit dieser Bürokratie jemals ein öffentliches Gebäude entsteht, darf als Wunder vermerkt werden.

„120 Schüler äußern sich schreiend“

Rechtlich heikel sind die Einsprüche der Anwohner: Eine Anwohnerin ließ durch ihren Anwalt in einem 32-seitigen Schreiben mitteilen, dass ihr Gebäude und der Schwimmteich in sehr guter Qualität ausgeführt seien. Weniger gut findet sie mit ihren Mitstreitern, dass das Schulgebäude eine massive Riegelwirkung entfalte und den Blick der „Einwendungsführer“ (Anlieger) …auf den Ammersee zerstöre. Statt des Ammersees würden die Einwendungsführer und ihre Mieter nur die unschöne Rückseite und das Dach der Schule sehen.

Auch den Pausenlärm fürchten die Anwohner. „Der Gutachter geht davon aus, dass sich von 1200 Schüler während der Pause lediglich 120 Schüler schreiend äußern.“ Diese Annahme sei unrealistisch. Selbstverständlich würden sich während der Pause auch Schüler der höheren Jahrgangsstufen in dieser Weise äußern.

Solche Einsprüche lassen sich ohne Verrenkungen entkräften, schwieriger wird’s mit dem Naturschutz, dem Wasser im Hang und den Stützmauern, denStellplätzen und der Verkehrsanbindung.

„Wir müssen einen sicheren Schulweg garantieren“

Vor allem die Wasserfrage – durch die aktuellen Katatrophen noch brisanter – hat die Gemeinderäte beschäftigt. Alexander Keim mahnte eine Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes an, die zur Sitzung tatsächlich noch nicht vorlag.

Noch wichtiger war ihm die Fußgänger-Führung zum Gymnasium. Eine schlichte Querungshilfe (Bürokratenbegriff für eine Verkehrsinsel, vielleicht mit Zebrastreifen) sei nicht ausreichend. Auch Gemeinderat Rainer Guggenberger (BGH) mahnte an: „Wir müssen für die Kinder einen sicheren Schulweg gewährleisten.“ In dieser Frage sei es notwendig, noch einmal mit dem Staatlichen Bauamt zu reden. Unterstützung erhielt er auch vom grünen Rat Wolfgang Darchinger.

Vor der Abstimmung zog FDP-Mann Puntsch seinen Hut vor der Verwaltung, die diese monströse Arbeit mit den Einsprüchen erledigt habe. Das aber änderte seine grundsätzliche Meinung nicht: „Dieses Grundstück ist nicht geeignet für dieses Bauwerk.“

Er hatte – zusammen mit Gemeinderat Christoph Welsch (Grüne) – diese Ansicht exklusiv: Der Gemeinderat war mit den Statements der Verwaltung einverstanden und „bestätigt die erarbeitete Abwägung vollinhaltlich.“

Darf die Feuerwehr über den Pausenhof fahren?

Sogar die Frage, ob es der Feuerwehr rechtlich erlaubt sei, bei Einsätzen über den Pausenhof zu fahren, ist nun geklärt. Sie darf, sagte der Rechtsbeistand der Gemeinde, Dr. Jürgen Busse. Er lobte die Räte, die viereinhalb Stunden für 40 Euro Sitzungsgeld ausharrten, dass sie den „entscheidenden Schritt für das Gymnasium getan hätten“.

Category

1. Gemeinde

Date
21/11/2026
Date Created
30/07/2021